



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

KLIMAKRISE STOPPEN

UNS GEHT'S UMS GANZE

ANSPRUCH.. und REALITÄT

**WIR SIND MITTENDRIN IN DER KLIMAKRISE –
WELTWEIT UND AUCH IN DEUTSCHLAND.
WOLLEN WIR DAS SCHLIMMSTE VERHINDERN,
MÜSSEN WIR JETZT HANDELN. OBERSTES ZIEL
IST, DIE ERDERHITZUNG AUF HÖCHSTENS
ZWEI, MÖGLICHST 1,5 GRAD CELSIUS, ZU
BEGRENZEN.**

Für Deutschland heißt das, schon bis Ende dieses Jahres mit wirksamen Maßnahmen die Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent zu senken.

Nur so können wir das erklärte nationale Klimaschutzziel noch erreichen und damit den notwendigen Beitrag zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens leisten.

Die Erreichung dieses Ziels hatte die Bundesregierung aber bereits zu Beginn der Großen Koalition aufgegeben. Wie sie die nächsten Etappen erreichen will – eine Verringerung der Emissionen um 55 Prozent bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis 2050 – steht in den Sternen.

Ihr im Herbst 2019 mit viel Getöse verabschiedetes „Klimaschutzprogramm 2030“ ist im Wesentlichen ohne Substanz und führt nicht zu diesem Ziel. Ein Gesetzentwurf zum Kohleausstieg hat über ein Jahr auf sich warten lassen.

Deshalb sinken die Treibhausgasemissionen hierzulande kaum. Im Verkehrssektor sind sie aufgrund völlig unzureichender Maßnahmen sogar angestiegen.

In Brüssel macht die Bundesregierung unterdessen unverhohlenen Lobbypolitik für deutsche Energie- und Autokonzerne. Statt eine ambitionierte EU-Klimapolitik zu verfolgen, wird europäischer Klimaschutz ausgebremst. Wir Grüne im Bundestag sind die einzige politische Kraft, die es ernst meint mit einer wirksamen Klimapolitik.

Wir wollen den Kohleausstieg zügig umsetzen, die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und Europa zu einer Klimaschutzunion machen.

PARISER KLIMASCHUTZABKOMMEN

Im Dezember 2015 wurde das Klimaschutzabkommen von Paris beschlossen. Es ist ein wichtiger Meilenstein für den internationalen Klimaschutz. Die Staaten der Welt haben sich dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen – möglichst auf 1,5 Grad. Die Treibhausgasemissionen wollen sie spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf Netto-Null reduzieren. Trotz dieses Erfolges der Klimadiplomatie ist das Abkommen von Paris nicht der Abschluss des internationalen

Klimaschutzes, sondern lediglich eine erste wichtige Etappe, um die globale Erwärmung zu begrenzen. Es liegt nun an allen Staaten, die Vereinbarung mit konkreten Maßnahmen umzusetzen.

Die USA haben bereits einen Rückzieher gemacht und wollen aus dem Abkommen austreten. Der EU und damit auch Deutschland kommt daher eine besondere Verantwortung zu.



Foto: Wikipedia

Doch bisher geschieht viel zu wenig. Kein europäisches Land ist auf Kurs, das Pariser Abkommen einzuhalten. Deutschland liegt mittlerweile sogar hinten, nicht mehr vorn. Es ist höchste Zeit, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zur verbindlichen Richtschnur ihrer Klimapolitik machen. Sie müssen den angekündigten Green Deal wirksam ausgestalten.

Es ist der Mensch, der durch seine Treibhausgasemissionen das weltweite Klimasystem erhitzt. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC von 2018, zur Begrenzung der Erhitzung auf 1,5 Grad, zeigt: Wenn die globalen Emissionen auf dem derzeitigen Niveau bleiben, wird dieser Wert spätestens um das Jahr 2040 herum überschritten sein. Bereits diese Erwärmung wird desaströse Auswirkungen haben, wie etwa eine deutliche Zunahme von Starkregen und Dürren sowie einen Anstieg des Meeresspiegels.



Die Risiken sind bei 2 Grad Celsius noch höher. Dann wird auch das Überschreiten irreversibler Kipppunkte wahrscheinlicher: das Abschmelzen des grönländischen Eisschildes, das Auftauen der Permafrostböden, der Verlust der CO₂-Senke Amazonasurwald.

Die wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen verzeichnen wir in der jüngsten Vergangenheit nach 1998. Schuld an dieser gefährlichen Entwicklung ist der ungebremste Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen. Zwischen 1970 und 2010 wurden allein 40 Prozent der Treibhausgase ausgestoßen, die seit Beginn der industriellen Revolution 1750 insgesamt emittiert wurden. Der Anstieg des Meeresspiegels hat sich in den letzten Jahrzehnten beschleunigt. Selbst wenn wir sofort alle CO₂-Emissionen stoppen

könnten, wird die Temperatur noch um weitere 0,6 Grad steigen. Mit weitreichenden Folgen wie Stürmen, Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöten und Schäden in Billionenhöhe.

Die Vorboten erleben wir bereits. Auch die Gefahr einer katastrophalen globalen Rezession ist damit verbunden. Wenn wir jetzt handeln, können wir die Kosten noch im Zaum halten. Für einen wirksamen, effektiven Klimaschutz müssten wir selbst bei anspruchsvollen Zielen etwa ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung aufbringen. Weiter machen wie bisher wird sehr viel teurer: Bis zu zwanzig Mal so hoch wären die Kosten. Jetzt schnell zu handeln und in Klimaschutz zu investieren, ist also auch eine Frage der ökonomischen Vernunft.

EMISSIONS- HANDEL und CO₂-

PREIS

Der europäische Emissionshandel ist gedacht als Instrument, um dem Ausstoß klimaschädlicher Emissionen einen Preis zu geben. Investitionen in Klimaschutz sollen sich dadurch schneller rechnen. In den Bereichen Energiewirtschaft und Industrie legt er fest, wie viel CO₂ höchstens ausgestoßen werden darf. Die Rechte zum Ausstoß des Klimagases werden verkauft oder versteigert.

Quelle: Wimborne / Reuters

Doch erst langsam und erst viele Jahre nach seiner Einführung entfaltet der Emissionshandel überhaupt eine Wirkung.

Mit etlichen Reformen mussten zunächst Fehler ausgebessert werden, damit sich am Markt ein Preis für CO₂ entwickeln konnte, der den Betrieb alter Kohlekraftwerke zunehmend unrentabel macht. Doch den Kohleausstieg kann der Emissionshandel nicht ersetzen und im Bereich der Industrie bleibt dieser auch in seiner nächsten Handelsperiode bis 2030 weitgehend zahnlos.

Denn viel zu viele Emissionszertifikate sind im System; an die Industrie werden Emissionszertifikate nach wie vor überwiegend kostenlos abgegeben. So besteht kaum ein Anreiz für die Industrie, in Klimaschutz zu investieren. Um dem Emissionshandel endlich mehr Wirksamkeit zu verleihen, wollen wir in Deutschland innerhalb des Emissionshandels einen Mindestpreis von anfangs 40 Euro pro Tonne CO₂ festlegen.

Das wollen wir in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarstaaten erreichen und dazu auf die Angebote Frankreichs und der Niederlande eingehen.

Hinzu kommt, dass über die Hälfte der CO₂-Emissionen in Deutschland gar nicht im Emissionshandel erfasst wird. Wir brauchen insbesondere einen wirksamen Preis pro Tonne CO₂ für die Sektoren Wärme und Verkehr, damit sich eine spürbare Lenkungswirkung hin zu klimaverantwortlichen Technologien und Investitionen entwickelt.

KLIMASCHÜTZENDE ENERGIETRÄGER SOLLEN PROFITIEREN, KLIMAZERSTÖRENDE DAGEGEN ZAHLEN MEHR.

Dafür haben wir gekämpft und konnten im Vermittlungsausschuss zum Klimapaket der Bundesregierung deutliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf durchsetzen. Wir haben es geschafft, den CO₂-Preis ökologisch wirksamer und sozial gerechter zu machen. Wir haben dafür gesorgt, dass der ursprünglich dürftige und wirkungslose Einstiegspreis der Koalition von nur 10 Euro fast verdreifacht wurde. Mit 25 Euro liegt er nun auf dem Niveau des europäischen Emissionshandelspreises. Das ist hoffentlich ein Einstieg in die nötige Lenkungswirkung.

Wir haben außerdem durchgesetzt, dass erneuerbarer Strom billiger wird, der soziale Ausgleich verbessert wurde, und dass der Preis deutlich schneller ansteigen wird als bisher vorgesehen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein allererster Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen folgen.

Es sind gerade die armen Länder der Welt, die am stärksten unter der Klimakrise leiden. Überschwemmungen und Dürren, Stürme und Veränderungen in der Tier- und Pflanzenwelt haben für sie gravierende Folgen. Schon jetzt haben unzählige Klimaflüchtlinge aus diesem Grund ihre Heimatländer verlassen.

NATURKATASTROPHEN NEHMEN ZU

Aber auch wir in Europa sind massiv betroffen und werden es künftig noch stärker sein. 2018 gab es in Europa einen Dürresommer, der zu vielen Waldbränden und Problemen in der Landwirtschaft führte. Allein Ende 2019 brannten unvorstellbar riesige Gebiete Australiens ab. Wetterbedingte Naturkatastrophen mit vielen Toten und Milliarden Schäden haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Hitzewellen und Dürreperioden wie 2003 oder 2018 und 2019 werden nach und nach auch bei uns zur Normalität. Die Auswirkungen sind dramatisch:



Foto: Reuters

Der menschliche Körper leidet, heimische Tier- und Pflanzenarten verschwinden, die Wasserversorgung gerät ins Stocken, Wälder sterben.

Bereits heute erleben wir Ernteeinbußen, massive Schäden in der Forstwirtschaft und Ausfälle von Kohle- und Atomkraftwerken, weil die Anlagen nicht ausreichend gekühlt werden können. Auch für die Gesundheit droht Gefahr. Zecken als Überträger der gefährlichen Krankheit Borreliose breiten sich aus, das Risiko von Malariainfektionen wächst.

WIR HABEN VERANT- WORTUNG

Foto: Markus Spiske, unsplash



Die Klimakatastrophe ist eine globale Gefahr. Die gesamte Menschheit ist betroffen und muss handeln. Hauptverursacher der Klimakrise sind die Industrieländer. Daher müssen sie die Hauptlast beim Klimaschutz tragen. Zugleich kann man den Entwicklungsländern ihr Recht auf Wohlstand nicht verwehren. Wir müssen ihnen aber helfen, unsere Fehler nicht zu wiederholen.

Die meisten klimaschädlichen Gase produziert die Energieversorgung, allen voran die Verstromung von Braun- und Steinkohle. Nach heutigem Stand müssten wir die Kohlekraftwerke bereits bis 2030 vom Netz nehmen, um unseren Beitrag zur Begrenzung der Erderhitzung zu leisten. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat Anfang 2019 ihren Kompromiss für den Ausstieg aus der Kohleverstromung geliefert. Maßnahmen für wirksamen Klimaschutz folgten daraus bisher nicht. Im Gesetzentwurf zum Kohleausstieg entfernt sich die Bundesregierung von den Empfehlungen der Kommission. Das ist unverständlich und kontraproduktiv.

Deutschland muss bis 2050 treibhausgasneutral werden!

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION FORDERT:

- — ein nationales Klimaschutzgesetz, das seinem Namen gerecht wird und ambitionierte Sektor- und Zwischenziele festschreibt.
- — den Kohleausstieg schnell und ambitioniert umzusetzen.
- — erneuerbare Energien konsequent auszubauen.
- — die Energiewende auch im Wärme- und Verkehrssektor voranzutreiben.
- — einen CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel von anfangs 40 Euro pro Tonne CO₂ einzuführen.
- — umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzubauen.
- — jetzt schnellstmöglich alle nötigen Investitionen für eine klimarettende Energie-, Wohnungs- und Landwirtschaft, Industrie und Mobilität bereitzustellen.

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- ——— Bürgerenergie (Flyer 19/39)
- ——— Kohleausstieg konsequent (Flyer 19/30)
- ——— Klimakrise verändert Deutschland (Flyer 18/41)
- ——— gruene-bundestag.de/Themen/Klimaschutz

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/15174 Einführung eines Bundesklimaschutzgesetzes
(Entschließungsantrag)
- 19/11153 CO₂-Bremsen einführen (Antrag)
- 19/9953 Die EU zur Klimaschutz-Union machen (Antrag)
- 19/9920 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Beendigung des Betriebs von Kohlekraftwerken
- 19/9698 Ausbau der Solarenergie beschleunigen, dezentrale Bürgerenergie und Mieterstrom unterstützen

**Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion**

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie,
Landwirtschaft und Verkehr

Lisa Badum MdB,
Sprecherin für Klimapolitik

TEL 030/227 78008
FAX 030/227 70008
info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie
darf im Wahlkampf nicht als Wahl-
werbung verwendet werden.*

*Titelbild: Nach dem Foto von: ESA/NASA-
A.Gerst_Mitteuropa und Deutschland*